

Alles oder nichts

Einiges deutet darauf hin, dass sich die Credit Suisse mit ihrer Kapitalerhöhung unter Wert verkauft hat.

Daniel Zulauf

Und plötzlich sind die Anrechte zum Bezug neuer Credit-Suisse-Aktien wieder richtig begehrt. Schon unmittelbar vor dem Wochenende hatte ziemlich unvermittelt eine starke Nachfrage nach den seit Wochenfrist an der Schweizer Börse unter dem Kürzel CSGN1 gehandelten Anrechten eingesetzt. Der Kurs der Credit-Suisse-Aktien wurde nach einer zwei Wochen langen Serie täglicher Allzeittiefstände nach oben gezogen.

Am Montag, am Tag vor dem Abschluss des Anrechthandels, erreichten die Papiere mit einem Kurs von rund 19 Rappen zwischenzeitlich den höchsten Stand seit Beginn der Handelsperiode von insgesamt sieben Arbeitstagen. Dies, nachdem in den vergangenen sechs Tagen rund ein Drittel aller Anrechte zu einem Durchschnittskurs von nur gerade knapp 10 Rappen gehandelt worden war. Wer die Papiere zu diesem Preis aufgesammelt hat, kann am kommenden Donnerstag Credit-Suisse-Aktien zum Preis von lediglich 2.87 Franken beziehen – deutlich billiger als zum aktuellen Börsenkurs.

Fatale Fehlsignale ausgesendet

Grundsätzlich hätten alle Credit-Suisse-Aktionäre am Donnerstag sogar die Möglichkeit, neue Titel zum Preis von nur 2.52 Franken zu beziehen – vorausgesetzt, sie haben ihre Anrechte in den vergangenen Tagen nicht bereits veräussert. Allen Aktionären wurde Ende November ein Anrecht pro bestehende Aktie zugesprochen. Wer sie behalten hat, kann sich am Donnerstag für sieben Anrechte zwei neue Credit-Suisse-



Schwaches Nervenkostüm: Fehlleistung bei der Kapitalerhöhung.

Bild: Stefan Wermuth/Bloomberg

Aktien zum Preis von 2.52 Franken zuschreiben lassen.

Viele kleinere Aktionärinnen und Aktionäre haben aber offensichtlich auf dieses Angebot verzichtet und ihre Anrechte bereits veräussert. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb die Anrechte in den vergangenen Tagen so zahlreich auf dem Markt gelandet sind und einen schlimmen Kurseinbruch in den Credit-Suisse-Aktien bewirkten.

Die vielleicht naheliegendste, aber nicht unbedingt beste Erklärung ist der schlechte Zustand der Bank. Ende November musste sie bekannt geben, dass Kunden Einlagen im Wert von über 80 Milliarden Franken abgezogen haben – offenbar aus Angst, dass der Bank die Liquidität ausgehen könnte.

Doch es gibt auch das Argument, dass das Management mit der am 24. November angekündigten Kapitalerhöhung fatale Fehlsignale ausgesandt hat. Im Vordergrund steht zunächst der niedrige Ausgabepreis von 2.52 Franken für die neuen Aktien. Zum Zeitpunkt der Ankündigung der Kapitalerhöhung wurden die Aktien noch zu rund vier Franken gehandelt. Zu jenem Zeitpunkt betrug der (theoretische) Wert des dann zumal noch nicht handelbaren Bezugsrechtes ganze 33 Rappen oder mehr als das Dreifache der ordentlichen Dividende aus dem Vorjahr. Kapitalmarktkenner wie Heinz Zimmermann, Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Basel, gehen davon aus,

dass viele Investoren Anrechte wie steuerfreie Dividende betrachten. Der Anreiz, die Anrechte zu verkaufen, nimmt mit dem Wert des Anrechtes zu.

Dabei hatte das Management das exakte Gegenteil erreichen und möglichst viele bestehende Aktionäre (nicht zuletzt die typischerweise besonders loyalen kleineren Aktionäre) zur Teilnahme an der Kapitalerhöhung motivieren wollen. Dies wäre vielleicht besser gelungen, wenn die Credit Suisse den Ausgabepreis für die neuen Aktien höher angesetzt hätte.

Aber das Management wollte sichergehen, dass alle Anrechte ausgeübt und die Kapitalerhöhung sicher über die Bühne gehen kann. Darum vereinbarte

er mit einem Konsortium von nicht weniger als 19 Banken eine sogenannte Festübernahmegarantie. Die Banken garantierten, die neuen Aktien zum Preis von 2.52 Franken zu übernehmen, falls sich keine anderen Käufer fänden. Diese Syndikatsbanken hatten selbstredend kein Interesse an einem höheren Ausgabepreis der neuen Credit-Suisse-Aktien, weil sie sonst ein grösseres Risiko hätten übernehmen müssen.

Gebühr von über 100 Millionen Franken

Rein theoretisch beträgt das Gesamtrisiko dieses Bankenkonsortiums 2,24 Milliarden Franken, wenn kein bestehender Credit-Suisse-Aktionär an der Kapitalerhöhung teilnehmen würde. Praktisch ist dieses Risiko aber natürlich um ein Vielfaches kleiner. Trotzdem musste die Credit Suisse tief in die Tasche greifen, um sich die Festübernahmegarantie geben zu lassen. Langjährige Marktbeobachter sprechen von einer Gebühr von deutlich über 100 Millionen Franken.

Für den Preis der teuren Festübernahmegarantie hätte man von den involvierten Banken unter Führungen von Credit Suisse, Deutscher Bank, Morgan Stanley, RBC Capital und Société Générale auch eine geeignete Kurspflege im Handel einfordern müssen, um den anfänglichen Angebotsüberhang bei den Anrechten aufzufangen und den Kurseinbruch abzufedern, meint ein Insider. Stattdessen hat die Bank mit der erratischen Kapitalbeschaffungsaktion viele treue Aktionärinnen und Aktionäre vergrault. Diese Fehlleistung sagt mehr aus über das schwache Nervenkostüm der Credit-Suisse-Führung als über den Zustand der Bank.

Hotellerie fast auf Vorkrisenniveau

Tourismus Die hiesige Hotellerie hat das Vor-Corona-Niveau im Sommer fast wieder erreicht. Von Mai bis Oktober wurden 22,4 Millionen Logiernächte gezählt, teilte das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern mit. Dies entspricht gegenüber der Vorjahresperiode einem Plus von 4 Millionen Logiernächten oder 21,9 Prozent. Besonders stark angestiegen ist die ausländische Nachfrage (um 10,4 Millionen Logiernächte oder plus 84,6 Prozent). Die inländischen Gäste verzeichneten ein leichtes Minus von 6 Prozent. Gegenüber der letzten Sommersaison vor der Pandemie fielen die Logiernächte um 1,3 Prozent tiefer aus.

Die Analysten der Credit Suisse gehen davon aus, dass auch der Winter stark ausfallen wird. Es dürften rund 10 Prozent mehr Logiernächte registriert werden als im Vorjahr, schreibt die Bank in einer Mitteilung von gestern. Das Vorpandemieniveau werde damit nur knapp verpasst. (sat/ehs)

Glencore mistet im Eiltempo aus

180 Millionen Dollar an Kongo: Glencore lässt sich die erhoffte Rehabilitierung einiges kosten.

Gregory Remez

Bei Glencore ist der Putzteufel los. Im Eiltempo wird unter dem neuen CEO Gary Nagle ausgemistet. Die Altlasten des Altmanagements sollen raus, und zwar so schnell wie möglich. Der Preis dafür: eher nebensächlich. Nach einer Milliardenstrafe im Frühling wegen Korruptionsvorwürfen hat der Rohstoffkonzern nun auch mit der Demokratischen Republik Kongo einen Vergleich erzielt. Das teilte Glencore am Montag mit, einen Tag vor dem Investorentag.

Mit einer Zahlung von 180 Millionen US-Dollar entledigt sich das Baarer Unternehmen aller gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche, die aus «angeblichen Korruptionshandlungen» des Konzerns im Kongo zwischen 2007 und 2018 erwachsen könnten. Dies beinhaltet auch Untersuchungen, die unter anderem vom US-Justizministerium

und den kongolesischen Behörden durchgeführt wurden.

Schmiergeldzahlungen in sieben Ländern

Im Mai dieses Jahres hatte sich Glencore bereits schuldig bekannt, in sieben Ländern Südamerikas und Afrikas – darunter dem Kongo – in Schmiergeldzahlungen verwickelt gewesen zu sein. Nach jahrelangen Ermittlungen erzielte der Konzern einen aussergerichtlichen Vergleich mit den Behörden in den USA, im Vereinigten Königreich sowie in Brasilien und wurde mit einer Busse von mehr als 1,5 Milliarden US-Dollar belegt. Zudem musste er zwei vom US-Justizministerium ausgewählte Kontrolleure akzeptieren, die drei Jahre lang die Compliance-Vorkehrungen des Konzerns untersuchen.

Die nun getroffene Vereinbarung unterliege dem kongolesischen Recht und beziehe sich

einzig auf jene Vergehen, die in einer bereits früher erzielten Resolution mit dem US-Justizministerium zugegeben worden waren, teilte Glencore am Montag mit. Im Kongo betreibt der Rohstoffmulti vor allem Kupfer- und Kobaltminen. Teil der Untersuchungen waren damit auch Glencores ehemalige Verbindungen zum israelischen Geschäftsmann und Vermittler Dan Gertler, der wegen vermuteter korrupter Geschäfte mit US-Sanktionen belegt ist.

Der Israeli soll ein Freund des früheren kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila sein und als Türöffner für Glencores Geschäfte im Kongo gedient haben, wo unter anderem mehr als 60 Prozent des weltweit verfügbaren Kobalts produziert werden. Inzwischen habe man die Partnerschaft mit Gertler aber beendet, beteuerte Konzernchef Gary Nagle in einem Gespräch mit dieser Zeitung im Hebst

2021. Die Compliance-Prozesse habe man «in dieser Hinsicht deutlich verbessert».

Ob dem so ist, wird nicht zuletzt die Untersuchung der eingesetzten US-Kontrolleure zeigen. Mit seiner Ankündigung, Glencores Altlasten «möglichst schnell loszuwerden», ist es Nagle offensichtlich ernst. Laufende Verfahren gibt es noch in der Schweiz und den Niederlanden. Die hiesige Bundesanwaltschaft hatte vor rund zwei Jahren ein Verfahren gegen den Konzern wegen Korruptionsvorwürfen eröffnet, auch dort geht es um Geschäfte im Kongo.

Über den Stand der Ermittlungen ist weder von Glencore noch von der Bundesanwaltschaft etwas zu erfahren. Laut einem Insider dürfte es aber auch dort eine baldige Einigung geben – die aktuelle Vereinbarung mit den kongolesischen Behörden dürfte den Prozess beschleunigt haben.

Ein Schlafmittel für grosse Träume

Idorsia Rund sechs Jahre nach der Firmengründung ist es jetzt so weit: Idorsia betritt auch den Heimmarkt. Das Heilmittelinstitut Swissmedic hat Quviviq, dem Idorsia-Medikament gegen Schlafstörungen, die Marktzulassung erteilt. Damit sollte das Medikament, das heute schon in den USA, Deutschland und Italien erhältlich ist, ab Mitte 2023 auch hierzulande an Erwachsene mit chronischen Schlafstörungen verschrieben werden können. Das Medikament aus dem Labor der Idorsia-Gründer Martine und Jean-Paul Clozel ist – jedenfalls in Europa – eine Art Premiere: Denn Quviviq «funktioniert» anders als herkömmliche Schlafmedikamente, bei denen vereinfacht gesagt das Hirn sediert wird. Dieses Präparat blockiert «nur» die Rezeptoren, sodass die wachheitsfördernden Orexine ihre Wirkung nicht entfalten können.

Quviviq ist das erste marktreife Präparat des jungen Pharmaunternehmens mit Sitz in Allschwil BL, wo heute gut 900 Mitarbeitende an weiteren Medikamenten forschen – gegen Herz-Kreislauf-Krankheiten und Autoimmunkrankheiten sowie gegen seltene Krankheiten. Weitere Marktzulassungen sollen folgen – und vor allem sollen mit dem Schlafmittel nun auch erste Einnahmen verbucht werden können. Für den Start in den USA im Mai 2022 hat Idorsia zuerst eine Kampagne mit Hollywoodstar Jennifer Aniston lanciert, die für einen gesunden Schlaf warb. Danach folgten produktspezifische Werbekampagnen mit der ehemaligen Skifahrerin Lindsey Vonn und dem Musicaldarsteller und Filmschauspieler Taye Diggs. Hierzulande wird es freilich nichts dergleichen geben, ist doch Werbung für rezeptpflichtige Medikamente verboten.

Die Erwartungen an Quviviq sind hoch, leiden in Europa doch rund sechs bis zwölf Prozent der Erwachsenen an chronischer Schlaflosigkeit, wie Idorsia-Sprecher Andrew Weiss erklärt. Doch guter Schlaf sei wichtig, denn «ein besserer Schlaf führt zu einem besseren Tag». (fv)

Weko nimmt Banken ins Visier

Lohnabsprachen Eine grosse Anzahl von Banken in der Deutschschweiz hat regelmässig Informationen über die Löhne von Angestellten ausgetauscht. Weil dieses Verhalten kartellrechtlich problematisch sein könnte, hat die Wettbewerbskommission (Weko) eine Vorabklärung eröffnet. Wie die Weko gestern mitteilte, richtet sich diese gegen 34 Bankinstitute in sechs Deutschschweizer Regionen. Ziel des Verfahrens sei es abzuklären, ob der Informationsaustausch über die Löhne und Lohnbestandteile von Angestellten Anhaltspunkte für unerlaubte Abreden im Sinn des Kartellgesetzes darstellt. Bei Bedarf können die Ermittlungen laut Weko auf weitere Regionen und andere Unternehmen ausgedehnt werden. (sat)